



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 50 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 22. bis 28. August 1915
ist die Beitragsmarke in das mit 34 bezeichnete
Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die Notlage der Kriegerfamilien.

Die Fürsorge für die Kriegsverletzten und die Hinterbliebenen der im Felde Gefallenen beschäftigt jetzt weite Kreise der Bevölkerung und erweckt lebhaftes Interesse in allen Bevölkerungsschichten und man kann es begreifen, daß versucht wird, dahin zu kommen, wenigstens die größten Schädigungen von diesen Opfern des Krieges fern zu halten und daß fernher danach getrachtet wird, auch den für die übrige Bevölkerung eventuell entstehenden Schaden abzuwenden. Es werden trotzdem, selbst bei erfolgreichster Tätigkeit auf diesen Gebieten, immer noch genügend Einzelfälle übrig bleiben, bei denen die Kriegsfolgen die Familienverhältnisse erheblich verschlechtert haben, ganz abgesehen von den seelischen Einwirkungen, die der Tod von Familienangehörigen oder ihre Verletzungen hervorrufen.

Bei aller Fürsorge für die Hinterbliebenen und die Kriegsverletzten darf aber nicht vergessen werden, daß auch noch eine andere Schicht vom Kriege Betroffener Hilfsbedürftig ist, die jetzt, wie es scheint, nicht mehr so im Vordergrund des allgemeinen Interesses stehen, als dies bei Kriegsbeginn der Fall war; nämlich eine große Anzahl Familien von Kriegsteilnehmern.

In den ersten Kriegstagen bildeten die Kriegerfamilien den Mittelpunkt der allgemeinen Sympathie. Arbeitsgelegenheiten und Unterstellungen waren vielfach nur für sie vorhanden. Das änderte sich bald, nachdem von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden war, daß die Kriegerfrauen durch die staatliche Unterstützung wenigstens etwas zum Leben hatten, während die Männer und Frauen, die durch den Krieg arbeitslos geworden waren, vielfach ohne jede Mittel waren.

Nach und nach ist dann das Interesse für die Kriegerfrauen erheblich abgeflaut. Soweit es sich darin betätigte, unbesehene Frauen zu bevorzugen, nur weil sie Kriegerfrauen waren, war die veränderte Haltung z. T. berechtigt. Das wieder funktionierende Wirtschaftsleben gab auch diesen Frauen vielfach Erwerbsgelegenheit, häufig hatten sie schon früher gearbeitet und ihre Tätigkeit gar nicht unterbrochen, so daß der Verdienst in Verbindung mit der Kriegsunterstützung die Not von ihnen und ihren Familien fernhielt. In Einzelfällen waren sogar Kriegerfamilien wirtschaftlich besser daran als in der Zeit vor dem Kriege. Die Kenntnis solcher Fälle führte dann dazu, daß sogar vom guten Leben der Kriegerfrauen ganz allgemein gesprochen wurde.

Bei näherer Untersuchung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien von Kriegsteilnehmern stellte sich aber heraus, daß die Mehrzahl schwer zu kämpfen hat, um in der jetzigen teuren Zeit mit den zur Verfügung stehenden Mitteln überhaupt auszukommen. Ein großer Teil muß sich unbedingt derartig einschänken, daß gesundheitliche Schädigungen, durch Unterernährung veranlaßt, die Folge sein müssen. Viele Familien haben eben keine anderen

Mittel für den Lebensunterhalt, als nur die Kriegsunterstützung. Diese beträgt für die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers monatlich 12 Mark und für jedes Kind unter 15 Jahren monatlich 6 Mark. Eine Kriegerfamilie mit nur einem Kind erhält also vom Staat 18 Mark im Monat, mit zwei Kindern 24 Mark, mit drei Kindern 30 Mark, mit vier Kindern 36 Mark usw. Mit diesen Summen können Familien, die kein Nebeneinkommen durch Arbeit oder durch Landbesitz haben, unmöglich die nötigen Ausgaben für Nahrung, Kleidung und Wohnung bestreiten. Verschiedene Gemeinden zahlen deshalb ja auch Zuschüsse zur staatlichen Unterstützung, aber leider nicht alle. Nur die wenigsten Gemeinden geben Zuschüsse in Höhe der staatlichen Unterstützung oder wohl noch mehr. In der Mehrzahl der Fälle, wo Gemeinden Zuschüsse gewähren, erreichen diese keineswegs die Höhe der staatlichen Unterstützung. Nach einer Umfrage, die die Generalkommission der Gewerkschaften veranstaltet hat, gaben von 3740 Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern über 2000 überhaupt keine Unterstellungen an Kriegerfrauen und ihre Familien. In einer großen Anzahl Gemeinden, die Unterstützung in irgendeiner Form zahlten, waren diese äußerst gering.

In solchen Orten sind nun die Kriegerfamilien entweder auf die private Wohltätigkeit angewiesen oder sie müssen versuchen, durch Arbeit etwas zu verdienen. Die Inanspruchnahme der privaten Wohltätigkeit wirkt aber immer etwas bedrückend, denn man hat dort nichts zu verlangen, sondern muß um Zuwendungen bitten. Die Gerechtigkeit erfordert allerdings, anzuerkennen, daß die private Wohltätigkeit in der Kriegszeit viel geleistet hat und recht oft, ohne Gegenleistungen zu verlangen. Trotzdem müssen sich die Menschen, die diese Hilfe in Anspruch zu nehmen gezwungen sind, bedrückt fühlen. Die Hauptsache aber ist, daß mit den von privater Seite zur Verfügung gestellten Mitteln die vorhandene Notlage der Kriegerfamilien nicht beseitigt werden kann. Allgemein geholfen kann nur werden, wenn durchweg die Gemeinden Zuschüsse zu der staatlichen Kriegsunterstützung leisten.

Damit den ärmeren Gemeinden dies möglich ist, hat der Reichstag in seiner Sitzung vom 2. Dezember einen Fonds von 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, aus dem an arme Gemeinden Zuschüsse zu den Leistungen für Kriegerfamilien gezahlt werden können. Ganz leistungsschwachen Gemeinden können sogar die gesamten Aufwendungen für diesen Zweck zurückerstattet werden. Nach den bis jetzt vorliegenden Mitteilungen ist aber noch nicht die Hälfte des Fonds aufgebraucht worden. Es ist dies ein Beweis dafür, wie wenig eine Anzahl Gemeinden gewillt sind, die Kriegerfamilien zu unterstützen. Der Grund für diese Haltung wird wohl ausnahmslos die mangelhafte Vertretung der Arbeiterschaft in den Gemeindeverwaltungen sein. Im anderen Falle wäre es unverständlich, daß die vom Reich für Unterstützung der notleidenden Familien bereitgestellten Summen nicht in Anspruch genommen werde.

Nicht immer ist es den Kriegerfrauen möglich, ihr Einkommen durch Erwerbsarbeit zu erhöhen. Eine alleinlebende Frau wird, wenn sie gesund ist, dies ohne weiteres tun, und sie findet schließlich

auch Arbeitsgelegenheit, wenn nicht im Hause, dann in Fabriken oder Werkstätten. Wo Kinder sind, ist die Übernahme von Erwerbsarbeit aber mit Schwierigkeiten verknüpft. Sind die Kinder klein, dann müssen sie beaufsichtigt werden. Das ist aber leichter gesagt als getan. Fremde Leute zur Aufsicht müssen bezahlt werden und Kindergärten oder -horter usw. sind nirgends in genügender Zahl vorhanden, um alle Kinder aufzunehmen, die der Aufsicht mangeln. Frauen mit kleinen Kindern bleibt dann schließlich keine andre Erwerbsgelegenheit als Heimarbeit oder eine Tätigkeit, die sie nur auf kürzere Zeit vom Hause fernhält. Solche Erwerbsgelegenheiten bringen natürlich auch nur geringe Einnahmen. Das wichtigste aber ist, daß solche Stellen gar nicht in so großer Zahl vorhanden sind, um allen, die darauf reflektieren, Erwerbsgelegenheiten zu geben. Es gibt immer noch eine große Anzahl Frauen, — nicht nur Kriegerfrauen — die ihre Kinder allein lassen oder sie befreundeten Familien und Nachbarn übergeben müssen, um außerhalb des Hauses Erwerbsarbeit zu leisten. Alle Familien aber haben nicht Gelegenheit, die Kinder unterzubringen und außerdem finden alle Frauen beim besten Willen auch gar keine Beschäftigung. So bleiben also eine große Anzahl Familien übrig, die allein von der staatlichen Kriegsunterstützung leben müssen. Es sind denn auch bereits Fälle bekannt, wo größte Not und gesundheitliche Gefahren die selbstverständliche Folge sind.

Bei der Generalkommission ist über einige besonders traffe Fälle Beschwerde erhoben worden. Auf Vorfelligwerden hat hier das Reichsamt des Innern eingegriffen. Dieser Weg, der Notlage von Kriegerfamilien abzuwehren, ist aber nicht der richtige. Dadurch wird wohl in Einzelfällen, nicht aber der notleidenden Masse geholfen.

Das kann nur geschehen, wenn die Kriegsunterstützung erhöht wird und die Gemeinden gezwungen werden können, ihrerseits Zuschüsse zur staatlichen Kriegsunterstützung zu leisten, so daß es den Kriegerfamilien, die allein oder zum erheblichen Teil auf die Kriegsunterstützung angewiesen sind, auch möglich ist, damit die notwendigsten Ausgaben zu bestreiten.

Die Erhöhung der staatlichen Unterstützung wird von den Vertretern der Arbeiterschaft im Reichstage beantragt werden. Ob die Sache erfolgreich sein wird, ist zweifelhaft. Es hängt davon ab, wie weit die Mehrheit im Parlament die Notlage dieses in Frage kommenden Teils der Bevölkerung erkannt hat.

Aber selbst wenn der Antrag Annahme findet, wird es nötig sein, die Gemeinden in höherem Maße als bisher zur Leistung von Zuschüssen heranzuziehen. Bei der Verschiedenartigkeit der Lebensbedingungen in den einzelnen Gebieten kann nur durch die Gemeinden ein Ausgleich herbeigeführt werden. Wo die Arbeiterschaft in der Gemeindeverwaltung genügend vertreten ist, werden diese Vertreter entsprechende Anträge zu stellen haben und dafür eintreten. Wo aber der Einfluß der arbeitenden Bevölkerung nur schwach ist, da müssen die Organisationen der Arbeiterschaft versuchen, durch gemeinsam gefasste Beschlüsse die Gemeindeverwaltungen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu veranlassen.
G. H.

Teuerungszulagen in den Berliner Buchdruckereien.

Seit Monaten ist die Kollegenschaft allerorts bestrebt, um durch eine Teuerungszulage wenigstens einen kleinen Ausgleich zu bekommen, denn die Lebensmittelpreise sind fortgesetzt in steigender Linie und auch alle Bedarfsartikel sind sehr teuer, ob es sich da um Schuhreparaturen handelt (von neuer Schuhware ist ja so wie so nicht zu reden), ob es Lichte, Seife, Kohlen oder die wichtigsten Lebensmittel sind, alles ist im Preise ganz enorm gestiegen, und da ist es mehr als ein Kunststück, mit dem derzeitigen Verdienst auskommen zu können.

Wir beginnen daher mit der Aufzeichnung der Teuerungszulagen, die auf dem Verhandlungswege erreicht werden konnten:

Die Firma H. S. Hermann zahlt seit April ihrem gesamten Hilfspersonal eine Teuerungszulage von 1,— Mark wöchentlich; in den letzten Tagen hat die Firma nochmals an das gesamte Personal eine derartige Zulage von 1,— Mark gewährt mit Ausnahme der Bogenfängerinnen und Bogenfänger, welche nur 50 Pfg. erhielten. Die Druckerei des „Sonntagsblatt“ bewilligte Anfang Mai ihrem Gesamtpersonal, ohne Unterschied, einen monatlichen Mietzuschuß von 6,— Mark pro Person. Die Hofbuchdruckerei Jul. Sittenfeld gewährte allen Beschäftigten mit weniger als 39,— Mark Wochenlohn eine monatliche Zulage von 4,— Mark. Die Reichsdruckerei bewilligte im Juni ihrem verheirateten männlichen Personal mit weniger wie 2100,— Mark Jahreseinkommen und keinem Kind 4 Prozent, mit einem Kind 5 Prozent, zwei Kindern 7 Prozent, drei Kindern 10 Prozent, vier Kindern und mehr 12 Prozent ihres Verdienstes als Teuerungszulage. Da aber bei der Berechnung des Einkommens auch Ueberstunden und Nachschichtlohn mitgerechnet wurden, erhielten von ca. 3000 Beschäftigten höchstens 200 erstmalig diese Zulage, welche vierteljährlich zur Auszahlung kommen sollte. Durch die geringe Zahl der hieran Beteiligten griff eine ziemlich Unzufriedenheit unter dem Personal Platz; die Direktion nahm daher eine Neuregelung der ganzen Frage vor, nach der jetzt alle männlichen verheirateten Personen eine Gehaltsstufe aufsteigen, wodurch den gelehrten Arbeitern 1,80 Mark, den ungelerten 1,20 Mark pro Woche mehr gezahlt wird. Mit den Firmen Rudolf Mosse, August Scherl und Ulfstein & Co. wurde folgendes vereinbart: Die drei Firmen erklären sich bereit, ihren gesamten männlichen Buchdruckerei-Hilfsarbeitern, die gegenwärtig nur zu den in der Lohnvereinbarung vom 1. Januar 1912 für Berlin festgesetzten Löhnen entlohnt werden, eine monatliche Kriegsschädigung von 6,— Mark; ihren sämtlichen männlichen Hilfsarbeitern, die bis zu 2,— Mark über die für Berlin festgesetzten Löhne entlohnt werden, eine monatliche Kriegsschädigung in Höhe von 4,— Mark zu bewilligen. Diese Kriegsschädigung ist zahlbar an dem letzten Zahltag vor dem Monatsletzten, hört aber auf mit Ablauf des Monats, in dem der Friedensschluß erfolgt.

Neben den hier erwähnten, gewährten auch noch eine Anzahl mittlere und kleine Druckereien dem Hilfspersonal in Anbetracht der jetzigen teuren Verhältnisse Zulagen von 1,— Mark bis 3,— Mark. Bei dem Abkommen mit den Firmen Mosse, Scherl und Ulfstein war es leider nicht möglich, auch für das weibliche Hilfspersonal etwas zu erreichen, da die Vertreter der Firmen den Standpunkt vertraten, weibliche Arbeitskräfte stehen ihnen genügend zur Verfügung.

Wenn bei der Beratung über eine Zulage auch für die Kolleginnen von den drei letztgenannten Firmen gesagt wurde, „weibliche Arbeitskräfte stehen genügend zur Verfügung“, dann ist es also nicht die Not der Zeit, die hier die Veranlassung war, Zulagen zu geben, sondern der Mangel an gelbem männlichen Personal, das jetzt, weil tüchtige Kräfte rar sind, zu halten versucht wird. — Merkt Euch das, Ihr Kolleginnen, denn es kommen wieder andere Zeiten, — Eure Arbeit muß gleichwertig sein, Eure Pflichten sind dieselben, aber in der Anerkennung auch Euch in der schweren Zeit durch eine kleine Zulage eine Erleichterung zu bringen, ist für die Ablehnung entscheidend: daß genug geübte Frauenhände vorhanden sind.

Wer jetzt keinen festen Rückhalt an der Organisation hat, kann beim Arbeit suchen bald merken,

daß Angebot und Nachfrage auch die — Lohnfragen im allgemeinen regeln. Darum haltet Eure Organisation fest, bleibt ihr treu, denn gerade unsere Kolleginnen werden sie beim Tarifablauf am allerdringendsten benötigen.

Ablehnender Bescheid kann aber nicht entmutigen und wird auch nicht entmutigen, denn je länger der Krieg dauert, je schwerer wird es mit den Mitteln alles dringende Nötige zu beschaffen, und die Verhältnisse werden zwingend sein, daß Ihr Eueren Wunsch wiederholt; wir erhoffen dann bessere Erfolge, denn Beharrlichkeit führt oft zum Ziele.

Von unseren Kollegen im Waffenrock.

Münchberger Brief.

... im Juli 1916.

Lieber Freund Reckling!

— — oft kann man es sich gar nicht vorstellen, daß nun schon ein Jahr vorüber ist und der Krieg noch immer nicht zu Ende ist. Bis jetzt hat man reichlich Zeit gehabt, sich an die Verhältnisse hier zu gewöhnen, und wenn einem mal die Sehnsucht nach heimwärts beschleichen will, gleich kommen unsere Nachbarn, die gegenüber liegen, und sorgen für Abwechslung und bringen „Leben“ in die Stube. Besonders in den letzten Tagen, seitdem wir etwas vordrückt sind, wollen sie an uns ihre Wut auslassen, besonders wenn es schönes Wetter ist. In der Früh kommen einige Flieger (vor zwei Jahren noch hat man sich nach ihnen die Augen ausgehaut, heute werden die feindlichen verwünscht) und wenn sie etwas merken, oder es kommt ihnen nur verdächtig vor, im Moment kommen dann gewöhnlich Eisen- und Stahlbroden und suchen alles zu vernichten. Seitdem unsere „Armee“ die Höhe ... genommen hat, ist schlecht mit ihnen auszukommen, da haben sie es stets auf unsere Bereitschaft abgesehen, die an der Straße B.-A. liegt, doch bis jetzt hatten wir noch immer Glück, denn man kann es kaum für möglich halten, daß, wenn oft eine Stunde lang Schnellfeuer abgegeben wird, und alle Granaten und Schrapnells haben den einen Auftrag, uns aus unseren Löchern herauszuholen, daß es da nur sehr wenig Verluste bis jetzt gegeben hat. — Innerhalb 12 Tagen, die wir in dieser völlig verlauschten Bereitschaft zugebracht haben, wurden wir an 7 Tagen jeden Tag aufgesucht. Am schlimmsten war es am 22. Juli. Eine kleine Pause im Schnellfeuer wurde benutzt, um gesicherte Unterstände schnellstens zu erreichen. Diesmal hätte es allerdings ohne diese Vorsicht Opfer gekostet, denn als wir nachher die vorherigen Unterstände aufsuchten, stellten wir fest, daß eine Granate in unseren Graben eingeschlagen hatte, aber sie hatte gewartet, bis niemand mehr drinn war. —

Deister liest man jetzt von Friedensgedanken, die hier und da auftauchen, aber alles hängt ja doch von den militärischen Erfolgen ab. —

Wir begreifen hier draußen, daß ihr es zu Hause nicht leicht habt, denn alles ist ja teurer geworden. Du hast mir mitgeteilt, daß auch St. ... ausgetreten sei, gerade in dieser Zeit und in solchem Betriebe, da weiß man, was das noch für Folgen haben kann, denn da steht doch mehr auf dem Spiel. Mag die Zeit auch schwer sein für die zu Hause, schwerer als für uns draußen im Felde ist sie sicher nicht. Darum ist es sogar Pflicht derjenigen Kollegenschaft, die zu Hause arbeitet, all das nach schwerer Arbeit aufgebaut doch hoch zu halten. Das kann doch nur geschehen, wenn alle in Arbeit stehenden Mitglieder der Organisation treu bleiben. Der Rassenbericht gibt ein Bild, mit dem man zufrieden sein kann, denn es sind ganz hübsche Ziffern, die da speziell an Arbeitslose wieder zurückgegeben werden konnten. Bedauerlich das, daß noch einzelne und sogar Vertrauensleute der Organisation den Rücken kehren und überlassen die Arbeit solchen, die neu im Betriebe sind, und denken wunder was sie nun dabei ersparen. Aus Erfahrung weiß man, daß doch gerade das Gegenteil der Fall ist. —

Nun, es werden wieder andere Zeiten kommen und wir werden es nicht vergessen. Besten Dank für Eure Sendung. Auf Wiedersehen grüßt Euch Alle

Euer

Stirnweiß.

Korrespondenzen.

Strasbourg i. G. Am 5. August war die ordentliche Generalversammlung. Der Vorsitzende, Kollege Hartmann, bedauerte den geringen Besuch und gab ein Rundschreiben des Zentralvorstandes bekannt. Das Schreiben an die Prinzipale (vom 29. Juni) wegen Teuerungszulage wurde zur Kennt-

nis gebracht. Ueber eine mündliche Verhandlung beider Organisationsvorsitzenden konnte Kollege Hartmann berichten, daß für den Spätherbst (Ende August oder Anfang September) die Prinzipale über diesen Antrag nochmal beraten werden, und daß eine Stiftung zum Einkauf für Wintervorräte (Kohlen, Kartoffeln) für Verheiratete in Aussicht steht. — Der Rassenbericht wurde vom Kollegen Einwein gegeben und vom Revisor Kollegen Schwetzel bestätigt, einstimmig wurde Entlastung erteilt. Als Schriftführer wurde Kollege Eugen Mueß und als Revisor Kollege Otto Klugherz gewählt. Hierauf gab Kollege Hartmann einen kurzen Bericht über bisher geleistete Kriegsunterstützungen der Zastelle und betonte, daß nicht so weiter gewirtschaftet werden darf, weil die Ausgaben seit Ausbruch des Krieges die Einnahmen ständig übersteigen. Dies kommt zum größten Teil daher, weil wir seit der Einführung des neuen Statuts (Mitte Februar) keine Lokalkassenbeiträge bezahlen, auf der anderen Seite aber stets Ausgaben für die Lokalkasse aufzuweisen haben. Darauf gab der Vorsitzende die bis jetzt ausbezahlten Kriegsunterstützungen bekannt, wovon auf das 1. Quartal für 103 Kollegen 111 Mk. und auf das 2. Quartal für 23 Kollegen 124 Mk. entfallen, obwohl im 2. Quartal noch nicht alle Kollegen die Unterstützung abgehoben haben. Darauf verlas der Vorsitzende eine Statistik der Lokalkasse, worin er die immer steigende Mehrausgabe von Quartal zu Quartal seit Ausbruch des Krieges hervorhob. Unter Verschiedenem wurde auf die Zentralbibliothek des Gewerkschaftsartikels aufmerksam gemacht. Nach einem warmen Appell an die Anwesenden, ein größeres Interesse am Verbandsleben zu zeigen und die Säumigen aufzurütteln, erfolgte Schluß der Versammlung.

Rundschau.

25 Jahre Gewerbegerichtsgesetz. Am 29. Juli waren es 25 Jahre seit dem Erlasse des Reichsgesetzes betreffend die Gewerbegerichte. Herr Dr. Brenner-München hat in der „Sozialen Praxis“ vom 5. August diesen Erinnerungstag eingehend gewürdigt und manche Stimme jütet, die für, und andere die gegen die bewährte Arbeit der Gewerbegerichte im Laufe der Jahre laut geworden sind. Dr. Brenner kommt zu dem Schluß, daß jeder objektive Beurteiler dem Gewerbegerichtsgesetz nach vollendetem 25-jähriger Dienst die Zeugnisse ausstellen kann: Leistungen und Führung in jeder Hinsicht sehr zufriedenstellend. Die Arbeiterschaft kann sich im allgemeinen den anerkenntlichen Worten nur anschließen. In Bezug auf vermittelnde als auch auf rechtsprechende Tätigkeit der Gewerbegerichte ist für die Arbeiterschaft oft in wertvollster Weise schnell vermittelt und entschieden worden.

Fortbildungsschulpflichten. Von Kleinhandelsvereinen ist mehrfach (so in Berlin, in Rheinland und Westfalen) beantragt worden, den Pflichtbesuch der Fortbildungsschule für kaufmännische Lehrlinge und jugendliche Arbeiter aufzuheben oder doch mindestens einzuschränken, um dem Personenmangel in Ladengeschäften abzuhelfen. Erfreulicherweise hat der preussische Handelsminister, der zwar die schärfere Heranziehung der Lehrlinge in Heereslieferungsbetrieben auf Kosten der Fortbildungsschule begünstigt hat, dies Ansinnen zurückgewiesen und diesen Bescheid also begründet: „Die Fortbildungsschule ist eine im Interesse des Volksganges und insbesondere der gewerblich und kaufmännisch tätigen Jugend geschaffene öffentliche Einrichtung, auf deren Bedürfnisse gerade auch in der gegenwärtigen Zeit Rücksicht zu nehmen ist, selbst wenn dies im Einzelfalle Mühe und Schwierigkeiten verursacht. Einzelne Befreiungsgesuche, wenn sie mit Hinweis von Heereslieferungen begründet sind, werden von Fall zu Fall geprüft und gegebenenfalls berücksichtigt werden. Die Entscheidung über derartige Anträge stehen den stellvertretenden Generalkommandos zu.“

Ehren-  Tafel
für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Am 20. Juli ist unser Kollege
Bersdresky
(Waisenhaus-Druckerei)

in Rußland gefallen.
Sein Andenken hält in Ehren
die Zastelle Halle a. S.